

BOAR Kramer stellt dar, dass Haushaltsmittel für die Aufstellung des B-Planes Nr. 118 in diesem Jahr zur Verfügung gestellt wurden. Die Vorlage diene dazu, einen Aufstellungsbeschluss zu erwirken. Erforderliche Gutachten sollen schnellstmöglich in Auftrag gegeben werden. Es wird für diesen B-Plan mit einer Plandauer von zwei Jahren gerechnet.

RM Thiesing unterstützt den Antrag nachdrücklich, da der Bedarf unter anderem durch den Jade-Weser-Port seiner Meinung nach gegeben sei und eine Bevorratung von Gewerbeflächen für die weitere Entwicklung erforderlich ist.

Ein anwesender Bürger, Herr Steudte merkt an, dass der Bau der B 210 neu Einfluss auf den Grundwasserspiegel gehabt habe. Vor Beschluss des B-Planes Nr. 118 solle eine dbzgl. Prüfung stattfinden.

BOAR Kramer erläutert, dass die Fläche Branterei im F-Plan als Gewerbefläche (G) ausgewiesen sei. Aus dem F-Plan werde der B-Plan entwickelt. Im Laufe des Verfahrens werden diese Fragen abgearbeitet.

Herr Steudte fragt sich, warum ein B-Plan vorausschauend erstellt werde.

Herr Kramer entgegnet, dass der Bedarf in Schortens an Gewerbeflächen gegeben sei. Da mit einer Dauer von zwei Jahren für das Verfahren gerechnet werden muss, ist es wichtig zeitnah anzufangen, damit auch ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung stehen.

Herr Steudte fragt an, ob es eine Kosten-Nutzen-Analyse gebe.

BOAR Kramer stellt dar, dass sich der Rat seinerzeit intensiv mit dem Flächennutzungsplan auseinandergesetzt habe. Daraus entwickelt sich auch der Bedarf von gewerblichen Flächen.

Nach Auffassung von Herrn Steudte passt es nicht zusammen, dass die Stadt Schortens staatlich anerkannter Erholungsort sei und Gewerbeflächen in diesem Ausmaße plane.

BM Böhling erläutert, dass nicht das ganze Stadtgebiet staatlich anerkannter Erholungsort sei. Gewerbegebiete gehören nicht zum Bereich des staatlich anerkannten Erholungsortes.

BM Böhling sieht die Notwendigkeit von Gewerbegebieten auch gerade für kleinere Unternehmen.

RM Thiesing stellt dar, dass die Stadt Schortens in der Vergangenheit Flächen erworben hat, um sie nach Erschließung gewinnbringend zu verkaufen. Somit sei kein Zweifel an einem evtl. Nutzen gegeben. Auch habe die Stadt Einkünfte durch Gewerbesteuern, wenn sich im Bereich der Stadt Schortens Gewerbebetriebe ansiedeln.

Auch aus diesem Aspekt heraus ist ein Nutzen zu erkennen.

RM Labeschautzki unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, da es immer wieder Nachfragen nach Gewerbeflächen gebe.

RM Wilbers erkundigt sich, was mit der 'Multifunktionsfläche' gemeint sei.

RM Labeschautzki erläutert, dass dies die Ausweichfläche für den Kramermarkt sein könnte.

Nach Auffassung von BOAR Kramer werde über die Multifunktionsfläche im Verfahren noch eine städtebauliche Auseinandersetzung angezeigt, in der die Verwaltung Vorschläge einer weitergehenden Nutzung unterbreiten wird.

RM Kloß bittet um eine Übersicht der Gebietsanfragen.

RM Thiesing entgegnet, dass der Bedarf an Gewerbefläche nicht analysiert werden kann, da eine Gewerbefläche in Ostiem für den einen Gewerbetreibenden attraktiv ist, für den anderen Gewerbetreibenden ist es jedoch nur die Gewerbefläche in Sillenstede.

RM Kloß merkt an, dass sie sich nur nicht in Spekulationen verlieren und über den Bedarf hinaus planen möchte.

BOAR Kramer weist noch einmal auf die Notwendigkeit der Bevorratung hin. Das Gebiet müsse nicht auf einmal entwickelt werden. Es gibt auch die Möglichkeit nach Bedarf Abschnitte zu entwickeln.

RM Wilbers erkundigt sich nach der Höhe der Kosten.

BOAR Kramer entgegnet, dass die Kosten für die Erschließung, Kanal, Abwasser, Kompensation usw. nicht im Voraus beziffert werden können.

RM Fischer spricht sich gegen die Ausweisung der Multifunktionsfläche als Ausweichfläche für den Kramermarkt aus, da diese von den Schaustellern nicht angenommen würde.

BM Böhling stellt dar, dass das im Verfahren von der Verwaltung ausgearbeitet werde. Herr Steudte fragt nach, wie durch die Erweiterung des Gewerbegebietes der Effekt erzielt werden kann, dass Besucher in die Stadt gezogen werden könnten.

BOAR Kramer erläutert, dass durch die Erweiterung des Gewerbegebietes die Bebauung an die B 210 herangeführt werde. Somit ergebe sich für den Autofahrer auf der B 210 ein komplettiertes, topologisches Stadtbild mit dem Effekt, dass er ggf. als Besucher in die Stadt gezogen wird.

Der Planungsausschuss stimmt mit 7 Ja - Stimmen und 2 Enthaltungen für den Beschlussvorschlag der Verwaltung.